

Raj Kollmorgen

Das Ende Ostdeutschlands?

Zeiten und Perspektiven eines Forschungsgegenstandes*

Ist Ostdeutschland am Ende? Auch wenn diese Frage dramatisiert, sie beschreibt ziemlich präzise den inhaltlichen Bogen des folgenden Aufsatzes. Liest man die Frage zunächst als eine nach der realen Situation Ostdeutschlands, so bedurfte es nicht erst Wolfgang Thierses Thesen zur „auf der Kippe stehenden“ Lage, um die anhaltende Brisanz Ostdeutschlands bzw. der „inneren Einheit“ („Ostdeutschland am Ende Deutschlands?“) zu beweisen (vgl. Thierse 2001). Ein „Ende Ostdeutschlands“ scheint sich aber, wenn man einem weitverbreiteten Urteil Glauben schenkt, auch auf sozialwissenschaftlichem Gebiet anzubahnen. Das Lehr- und Forschungsobjekt Ostdeutschland löst sich hier nach zunehmend in Wohlgefallen auf. Für die Sozialwissenschaften soll Ostdeutschland kein Thema mehr sein. Daß beide Thesen in Spannung zueinander stehen, dürfte unstrittig sein: Die weitere oder gar wachsende gesellschaftliche Problemhaftigkeit eines Gegenstandes sollte gerade *nicht* das Ende der Forschung nach sich ziehen, sondern umgekehrt Fortführung, wenn nicht Aufstockung.

Allerdings kann man diese Relation geradezu auf den Kopf stellen, wenn man das „Ende“ des Gegenstandes nicht als modale, sondern existentielle Aussage in dem Sinne liest, daß es *ein* Ostdeutschland als abgrenzbares Erkenntnisobjekt und damit auch möglichen Widerpart Westdeutschlands gar nicht mehr gibt. Sollte sich diese Auflösung Ostdeutschlands bereits vollzogen haben oder doch mehr und mehr abzeichnen, erschiene der Schwund entsprechender Forschung plausibel, ja wäre einzufordern.

Die sich aus dieser doppelten Spannung ergebenden Fragen liegen auf der Hand: Trifft das Bild eines krisenhaften Ostdeutschlands in Relation zu einem ebenso kohärenten Westdeutschland zu? Wenn ja, inwiefern und mit welchen Entwicklungstendenzen? Zweitens, stimmt die These von der sterbenden Ost-

deutschlandforschung und wenn ja, was sind die Gründe dafür? Drittens, wie sind diese Entwicklungen zu beurteilen? Wie weiter mit der Ostdeutschlandforschung?

Daß ich diese drei Fragekomplexe im folgenden nicht erschöpfend beantworten kann, ist evident. Gerade zum ersten Komplex muß ich mich auf einige grundsätzliche Bemerkungen beschränken und kann darüber hinaus nur auf die vielen Forschungsergebnisse, auch auf die der Beiträge des vorliegenden Heftes verweisen. Ich konzentriere mich demgegenüber auf den zweiten und dritten Problemkomplex. Mein bescheideneres Ziel ist es daher, in einem ersten Abschnitt (1.) den Verlauf der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Ostdeutschland zwischen 1989/90 und heute aufzuklären, daran anschließend (2.) die Erträge der bisherigen Ostdeutschlandforschung kurz zu problematisieren, um dann (3.) Defizite, Desiderata und mögliche Perspektiven zu diskutieren. Abschließend (4.) versuche ich, ein kurzes Fazit zu ziehen.

Zuerst ist abzuklären, was im folgenden unter Ostdeutschlandforschung verstanden wird. Sie befaßt sich aus im weiten Sinne sozialwissenschaftlicher Perspektive mit gesellschaftlichen bzw. gesellschaftlich bedingten Transformationsprozessen und deren Folgen in den „fünf neuen Bundesländern“ seit 1989/90. Aus dieser Bestimmung folgt zum einen die Abgrenzung gegenüber reiner „DDR-Forschung“, die *nur* das historische Objekt ohne Bezug auf die Transformation betrachtet, und Germanistik bzw. weiten Teilen der „*German Studies*“, soweit diese *nur* das sprach- und literaturwissenschaftliche Objekt analysieren. Zum anderen bedeutet sie eine Aussonderung all jener Forschung, die sich zwar mit Sozialem in Ostdeutschland auseinandersetzt, dies aber nicht unter einem Transformations- bzw. Vereinigungsaspekt tut. Beide definitorischen Abgren-

zungen fallen statistisch und inhaltlich schwer und sind auch in den anschließenden Analysen nicht immer durchzuhalten.

Ostdeutschlandstudien: Phasen, Förderung, Inhalte

Im folgenden möchte ich die organisierte Forschung zu Ostdeutschland und Vereinigung bezüglich (a) Förderung, Träger und Quantität, (b) Themen, einschließlich exemplarischer Publikationen, sowie (c) theoretisch-methodischer Orientierungen etwas genauer charakterisieren, wobei sich eine Vier-Phasen-Einteilung als geeignetes Ordnungsschema anbietet. Ich konzentriere mich auf die deutsche und darin soziologische sowie politikwissenschaftliche Forschung.

Anlauf und Aufbruch (1989-1991/92)

Die erste Phase war inhaltlich von Überraschung, Aufbruch und großen Hoffnungen, administrativ vom schnellen Anlauf der Forschungsförderung gekennzeichnet.

Forschungsförderung, Träger und Quantität: Bereits ab Ende 1990 initiierten die großen sozialwissenschaftlichen Forschungsfördereinrichtungen der Bundesrepublik (Deutsche Forschungsgemeinschaft [DFG], Volkswagenstiftung) sowie die Bundesregierung als Träger der Ressortforschung eine breit angelegte Beschreibung und Analyse der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wandlungs- und Integrationsprozesse in den neuen Bundesländern. Die Forschung wurde in Form von Sonderprogrammen, in einem kleineren Umfang durch speziell eingerichtete Forschungs- bzw. Förderinstitutionen realisiert. Bei den Sonderprogrammen sind insbesondere die beiden Schwerpunktprogramme der DFG: „Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft“ (SP 185, seit 1991) sowie „Kindheit und Jugend in Deutschland vor und nach der Vereinigung“ (SP 188, seit 1992) zu erwähnen. Bei den speziellen Institutionen verdienen die 1991 eingerichtete „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“ (KSPW e.V.) sowie die seit 1992 tätige „Arbeitsgruppe Trans-

formationsprozesse in den neuen Bundesländern e.V.“ der Max-Planck-Gesellschaft (AG TRAP) explizite Erwähnung.

Von den ausgeschütteten Fördermitteln profitierten in dieser ersten Phase vor allem westdeutsche Forschergruppen, zuweilen in Kooperation mit ostdeutschen KollegInnen, sowie ostdeutsche WissenschaftlerInnen an den vielen staatlichen bzw. halbstaatlichen Forschungseinrichtungen. Letztere befanden sich freilich ab Ende 1990 bis 1991/92 praktisch durchgängig in der „Warteschleife“ bzw. in „Abwicklung“.

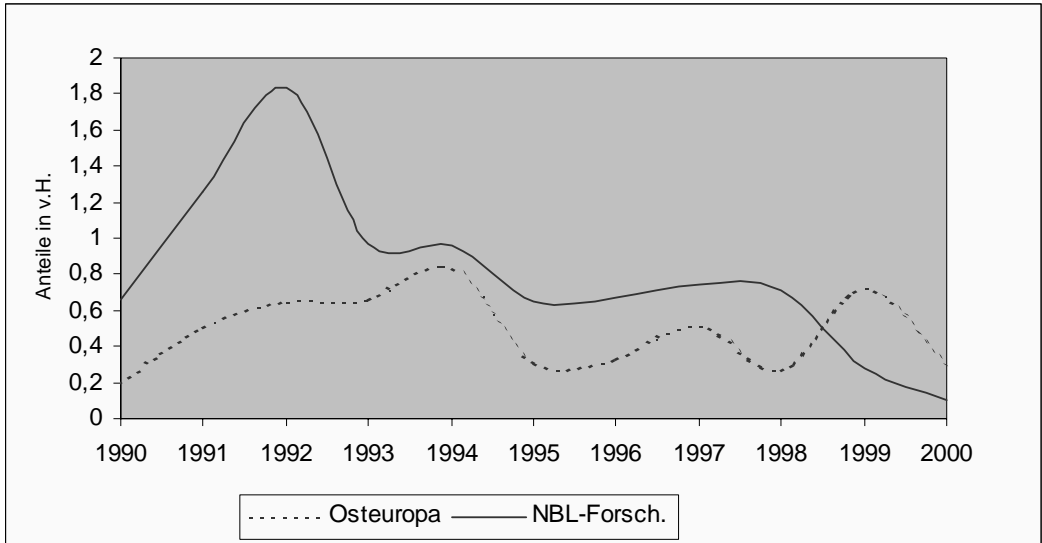
Zwischen 1989 und 1991 wurden in Deutschland ca. 400-500 sozialwissenschaftliche Studien begonnen (vgl. Abb. 1). Nach den Erhebungen von GESIS verdoppelte sich dabei der Anteil transformationsbezogener Ostdeutschlandstudien zwischen 1990 und 1991 auf fast 1,3% aller gemeldeten Forschungsprojekte in FORIS¹.

Forschungsthemen: Als wichtigste Themen der ersten Phase wären zu nennen (vgl. Brie/Klein 1991; Giesen/Leggewie 1991; Reißig/Glaeßner 1991; Zapf 1991; Meyer 1992)²:

- Auseinandersetzungen mit dem politischen und ökonomischen Zusammenbruch der DDR und des Realsozialismus, seinen Verläufen und Ursachen;
- politikwissenschaftliche Analysen zum engeren Übergang („Wende“) und institutionellen Vereinigungsgeschehen („Währungsunion“, „Beitritt“) sowie zu politischen Orientierungen, Stimmungen und Wahlabsichten;
- Untersuchungen zu den ökonomischen und sozialpolitischen Wirkungen des „Beitritts“, insbesondere im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung, soziale Sicherung und Wohlfahrt;
- Interpretation des Epochenbruchs 1989 und die Einordnung des ostdeutschen Falls.

Theoretisch-methodische Orientierungen: Der methodischen Anlage nach prägten einerseits Fallstudien über Betriebe, einzelne Institutionen oder auch quantitativ begrenzte Personengruppen das Bild der Forschung. Andererseits wurden sehr schnell repräsentative Bevölkerungsumfragen gestartet, vor allem im Bereich politischer Einstellungen, Arbeitsmarktsituation sowie Wohlfahrtsentwicklung. Einige wurden

Abbildung 1: Anteile der Forschungsprojekte mit den Themen osteuropäische und ostdeutsche Transformation (1990-2000) an allen Projekten



Quelle: FORIS/SOLIS-Datenbank (WISO III, GESIS 2002)

in Ergänzung westdeutscher Pendanten als Panelstudien angelegt. Die wichtigsten Umfragen waren das Sozioökonomische Panel-Ost, der Arbeitsmarktmonitor der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Wohlfahrtssurvey-Ost. In theoretischer Hinsicht orientierten sich die Arbeiten zwischen 1989 und 1991 vor allem an zuweilen höchst diffusen Modernisierungsmodellen, namentlich strukturfunktionalistischer bzw. neo-evolutionistischer, aber auch (neo-)marxistischer Fassung, an Vorstellungen zum politischen Übergang im Anschluß an den „*transition approach*“ sowie an zivilgesellschaftlichen Ideengebäuden der politischen Opposition. Es ist evident, daß es sich in diesem Zeitraum kaum um wirklich empirische Theorietests, sondern eher um orientierende Folien handelte. Gleichwohl wurden große Hoffnungen mit den postsozialistischen Transformationen, nicht zuletzt mit der ostdeutschen, verbunden, um die „alten“ Theorien sozialen Wandels in einer quasi „experimentellen“ Situation kritisch zu prüfen, weiterzuentwickeln, ja grundlagentheoretischen Fortschritt zu erzielen (beispielhaft: Giesen/Leggewie 1991).

Boom und Wendepunkt (1992-1996)

Die zweite Phase der Transformationsforschung vereinigte in sich zwei Eigenheiten: Einerseits wurde die zweite Phase durch eine große Breite empirischer Erhebungen, analytischer Diskussionen sowie anwachsender theoretischer Programmatiken bestimmt. Insofern handelte es sich um die eigentliche Produktions- oder Boomphase der Ostdeutschlandforschung. Damit in Verbindung steht ein stetiges Anwachsen publizistischer Aktivitäten. Andererseits erlahmte aber bereits ab etwa 1994/95 das öffentlich organisierte Interesse an Transformations- und Vereinigungsproblemen. Zwar trat Ostdeutschland Mitte 1991 in die sogenannte „Vereinigungskrise“, die mindestens bis 1993/94 anhielt, enorme sozioökonomische, sozialpolitische und soziokulturelle Problemlagen aufschichtete und deshalb Gegenstand intensiver gesellschaftlicher Auseinandersetzungen war. Zeitgleich gerieten jedoch nicht nur die ost- und mitteleuropäischen Transformationsgesellschaften immer stärker ins Blickfeld der Forschung und waren erste Anzeichen einer Übersättigung des Ostdeutschlanddiskurses zu erkennen. Ebenso wichtig dürfte es gewesen sein, daß die Bundesregierung unter H. Kohl

schon vor, vor allem aber nach der Wahl 1994 versuchte, in Rücksicht auf den Mangel an „blühenden Landschaften“ die neuen Bundesländer aus der Schußlinie parteipolitischer und wissenschaftlicher Debatten zu nehmen.

Forschungsförderung, Träger und Quantität: Zunächst ist festzuhalten, daß die Forschungsförderung zwischen 1992 und 1996 einen starken Aufschwung erlebte. Die Programme bzw. institutionellen Initiativen wurden fortgeführt und insbesondere durch die Etablierung von Graduiertenkollegs nochmals aufgestockt. Allein der Förderumfang dieser Programme bewegte sich jährlich im Bereich von 10 Mill. DM. Dazu kamen die Förderungen der direkten Ressortforschung, des allgemeinen Antragsverfahrens der DFG und weitere Institutionen, die den Gesamtbetrag verdoppelt haben dürften. Allerdings setzte sich bereits ab 1994/95 in den wissenschaftspolitischen Entscheidungsgremien die Auffassung durch, die exzeptionelle Förderung ostdeutscher Transformationsforschung nach 1996/97 ausklingen zu lassen.

Die statistischen Daten unterlegen diese Entwicklungen. Bei den Programmen läßt sich ein erster leichter Knick 1993 ausmachen, dem zwar 1994 ein kleiner Anstieg folgt, der indes bereits 1996 einem erneuten Abwärtstrend Platz macht. Insgesamt mögen es ca. tausend sozialwissenschaftliche Projekte höchst unterschiedlichen Umfangs gewesen sein, die zwischen 1992 und 1996 begonnen wurden. Relational folgte dem Allzeithoch im Jahr 1992 mit fast 2% Ostdeutschlandstudien ein Absinken auf erst gut 1% (1993/94), danach ab 1995 auf ca. 0,7%. (Abb. 1).

Die Träger lassen sich drei Gruppen zuordnen: Eine Gruppe bildeten die westdeutschen Forschungseinrichtungen mit ihren fast ausnahmslos westdeutschen Mitarbeitern. Diese Forscher waren nur zu einem kleinen Teil in der DDR- bzw. Sozialismusforschung oder Systemwechselforschung bewandert, partizipierten aber bis Mitte der 90er Jahre nicht unerheblich an den ausgeschütteten Fördermitteln. Eine zweite Gruppe, die sich nach 1992/93 immer stärker in der Ostdeutschlandforschung engagierte, waren die ab diesem Zeitraum verstärkt berufenen und wiederum zu über 90% westdeutschen HochschullehrerInnen an den neu eingerichteten sozialwissenschaftlichen

Universitätsinstituten im Osten. Die dritte Gruppe wird durch ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen gebildet, die sich nach der „Abwicklung“ ihrer Einrichtungen (1990/91) und den universitären Neugründungen (1992/93) fast ausnahmslos in neuen, selbst „(aus)gegründeten“ freien Forschungsinstituten wiederfanden. Nur ein sehr geringer Teil erhielt im Rahmen des „Wissenschaftler-Integrationsprogramms“ (1992-1996) und als normale wissenschaftliche Mitarbeiter befristete Anstellungen an ostdeutschen Universitäten. Daher konnten nach 1993/94, d.h. nach der drastischen Reduzierung von ABM für die freien Institute, Ostdeutsche Ostdeutschlandforschung überwiegend nur als Drittmittelforschung realisieren (Kollmorgen et al. 1997).

Forschungsthemen: Neben die Themen der ersten Phase traten verstärkt Analysen zu³:

- a) Institutionen- und damit verbundene Eliten- sowie finanzielle Transfers von West nach Ost (im ökonomischen, politischen und rechtlichen sowie wohlfahrtsstaatlichen Bereich) und deren strukturelle sowie individuelle Folgen, auch im Sinne von Gesamtbilanzen;
- b) demographische und sozialstrukturelle Dynamiken, Ungleichheiten und soziale Mobilitätsprozesse (berufliche, Einkommens- und Statusmobilität);
- c) ostdeutsche Sozialisations- und Zivilisationsdefizite sowie deutsch-deutsche Kultur- und Identitätskonflikte („politische Kultur des Ostens“, „ostdeutsche Identität“, „Bürger zweiter Klasse“, „Wir-Bewußtsein“);
- d) regionale Disparitäten in Transformation und Vereinigung (Stadt-Land, Nord-Süd usw.).

Theoretisch-methodische Orientierungen: Hier sind insbesondere vier Trends festzuhalten: Erstens besannen sich nach dem turbulenten Aufbruch 1990/91 viele Forscher auf überkommenen Themen und Instrumentarien der „normalen“ Sozialforschung, die auf Ostdeutschland appliziert wurden. Diese Wendung schloß eine verstärkte Systematik der Forschung, ein Anwachsen deren Komplexität und Differenziertheit, nicht zuletzt eine Orientierung auf Querschnittsvergleiche mit mehreren Meßpunkten und den Einsatz sogenannter „Methoden-Mixe“ ein. Die systematischeren Studien orientierten sich dabei drittens vor allem auf eine Analyse der Wirkung makrogesellschaft-

licher und institutioneller Strukturveränderungen auf das Verhalten und die Statusveränderungen bestimmter Personen- bzw. sozial integrierter Gruppen (Frauen, Familien, Facharbeiter, DDR-Eliten etc.). Viele dieser Studien lassen sich als Analysen von Anpassungs- bzw. „Coping“-Strategien klassifizieren. Darüber hinaus wurden differenzierte Analysen der Bildung organisierter Akteure in Ostdeutschland (Parteien, Verbände, Vereine) initiiert. Im Rahmen dieser Orientierungen wurden schließlich viertens verstärkt Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland angestellt, viele im Sinne von „Negativ“- oder „Defizitanalysen“.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum verwundern, daß die engere theoretische Debatte schon ab 1993/94 an Fahrt verlor. Die großen Erwartungen zu Beginn wurden nicht erfüllt; man bewegte sich dominant in anwendungsorientierten „Theorien mittlerer Reichweite“, die in aller Regel ein Konglomerat von eingeführten speziellen Zugängen und basalen gesellschaftstheoretischen Folien darstellten. Für die Letzteren blieb der Modernisierungsansatz v.a. in der Fassung einer „nachholenden Modernisierung“ (W. Zapf) dominant. Ab Mitte der 90er Jahre gewannen darüber hinaus historisch, kulturell und auch institutionenorientierte Ansätze an Gewicht, wohingegen der eigentliche *transition approach* aus einleuchtenden Gründen an Bedeutung verlor und sowohl zivilgesellschaftliche als auch neomarxistische Zugänge deutlich an den Rand gedrängt wurden.

Niedergang und Erträge (1996-1999)

Die dritte Phase kann übergreifend als Periode des Niedergangs gefaßt werden. Wenn das Jahr 1996 diesen einläutete, markiert das Jahr 1999 einen weiteren Wendepunkt, der sich auf die Größenordnung bezieht und auf den Umstand, daß erstmals mehr Projekte zu Osteuropa als zu den neuen Ländern gefördert wurden. Das Thema „Ostdeutschland“ büßte weiter Attraktivität ein, was einerseits aus dem förderpolitischen Rückzug, der nach 1998 erneut bis zu einem gewissen Grade regierungspolitisch motiviert war, andererseits aus einem wissenschaftlichen „Modewechsel“ seit 1994/95 folgte. Ostdeutschland erschien immer mehr als abgegrastestes Gelände, der „Betrieb“ verlangte nach neu-

en Themen für Forschung, Publikationen, Politikberatung und nicht zuletzt Selbstdarstellung. *Forschungsförderung, Träger und Quantität*: KSPW und AG TRAP beendeten 1996 ihre Tätigkeit, die beiden DFG-Schwerpunktprogramme wurden – gemäß normaler sechsjähriger Laufzeit – 1997 bzw. 1998 abgeschlossen, was allerdings für die Graduiertenkollegs u.a. Förderformen der DFG nicht in gleichem Maße zutrifft. Gleichwohl bestanden für den gesamten Zeitraum „Auslauffinanzierungen“ der speziellen Programme und ist von zahlreichen publizistischen Erträgen zu berichten, die dem eigentlichen Projektende in aller Regel um ein bis zwei Jahre nachfolgen. Daher verharrte die empirische Ostdeutschlandforschung insgesamt auf dem Niveau der vorherigen Phase, bewegte sich also zwischen 0,65% und 0,75% aller gemeldeten Projekte (siehe Abb. 1).

An der Trägerstruktur änderte sich in diesem Zeitraum wenig, wenn man vom weiter sinkenden Anteil der freien ostdeutschen Institute absieht. Während sich demnach an den Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen (westdeutsch dominierte) Forschergruppen halten bzw. weiter etablieren konnten, wurden viele ostdeutsche Ostdeutschlandforscher wegen des Auslaufens der Sonderprogramme – zuweilen erneut – marginalisiert.

Forschungsthemen und theoretisch-methodische Orientierungen: Hinsichtlich beider Aspekte ist zwar einerseits von einer deutlichen Kontinuität zu sprechen, andererseits sind vier neue Tendenzen zu markieren (vgl. Thomas 1997; Angerhausen et al. 1998; Czada/Lehmbruch 1998; Gensicke 1998; Wielgoths/Wiesenthal 1997):

- Thematisch traten zum einen die *langfristigen*, also tief in die Geschichte und Zukunft reichenden soziokulturellen Eigenheiten Ostdeutschlands stärker in den Fokus der Forschung, zum anderen – teils damit verwoben – die komplexen *mesogesellschaftlichen Akteur-Institutionen-Dynamiken* in praktisch allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Wohlfahrt usw.).
- Hier theoretisch-methodisch anschließend wurden verstärkt *akteur- und institutionentheoretische Ansätze* einerseits, *soziokulturtheoretische Konzeptionen* andererseits verwandt bzw. entwickelt, die komplexe Un-

- tersuchungsdesigns erforderten (verstärkt: Netzwerk- und Pfadverlaufsanalysen, narrative Interviews, Panelerhebungen). Dabei erschienen Theorien mittlerer Reichweite weiterhin als einzig sinnvoller Rahmen.
- *Komparative Analysen* gewannen an Bedeutung, wobei es neben gegenwartsbezogenen ost-westdeutschen Vergleichen verstärkt um Vergleiche mit Mittelosteuropa, aber zunehmend auch um intertemporale Komparatiken, etwa um den Vergleich von Postsozialismus und den Veränderungen in der „Sowjetischen Besatzungszone“ oder auch Westdeutschlands nach 1948/49 ging (vgl. das Thema der Forschergruppe an der HU Berlin).
 - Schließlich kam es – wenn auch randständig – zu Kontextualisierungen der ostdeutschen Transformationsprobleme gegenüber *aktuellen Trends der gesamtdeutschen und globalen Gesellschaftsdynamiken* (z.B. Simonis 1998).

Ende der Exzeptionalität und Reorientierung (seit 1999/2000)

Für die sich anschließende Periode, die – trotz publizistischer Strohfeuer zu den Zehnjahresfeiern von „Wende“ und Vereinigung – 1999 mit einem quantitativen Einbruch und dem Ende der 1990/91 angelaufenen exzeptionellen Forschungsförderung einsetzte, können einstweilen drei wichtige Merkmale fixiert werden:

Forschungsförderung, Träger und Quantität: Der Anteil der Ostdeutschlandforschung halbierte sich erneut und betrug nach FORIS noch gut ein Zehntel des Wertes von 1992. Zugleich wurde er vom Anteil der Osteuropa-projekte überholt. Dieser Befund gilt im Prinzip auch für spezielle Förder- bzw. Forschungsprogramme. Insofern kann die Einrichtung eines ersten Sonderforschungsbereichs zu Ostdeutschland bzw. der deutsch-deutschen Vereinigung an den Universitäten Halle und Jena im Jahr 2001 (SFB 580⁴) kaum als Umkehr interpretiert werden. Die Trägerstruktur hat sich gegenüber der dritten Phase nicht wesentlich geändert.

Forschungsthemen und theoretisch-methodische Orientierungen: Erstens erlebte hier der komparative Aspekt zwar einen weiteren Schub,

vor allem im Zusammenhang mit der nun quantitativ führenden osteuropäischen Transformationsforschung (etwa Schluchter/Quint 2001; Wiesenthal 1999), jedoch wurde zu den beiden Jubiläen noch einmal eine Reihe bilanzierender Publikationen vorgelegt, die sich stark auf Ostdeutschland bzw. die deutsch-deutschen Verhältnissen und Vergleiche konzentrierten (Thierse et al. 2000; Reißig 2000; Bertram/Kollmorgen 2001). Zweitens erfuhr auch die Ostdeutschlandforschung im Rahmen ihrer komparativen, vor allem osteuropäischen Einbettung einen neuen und durchaus unverhofften Theoretisierungsschub. In den letzten zwei, drei Jahren gab es deutliche Hinweise für eine Wiederaufnahme der theoretisch-methodologischen Debatten um die postsozialistischen Transformationen, die nunmehr in Aufnahme der empirischen Ergebnisfülle zu neuer Kritik und konstruktiven Versuchen ausholen, wiewohl jeder generellen, uniformen und allmächtigen „Transformationstheorie“ eine Absage erteilt wurde (Hopfmann/Wolf 2001; Kollmorgen 2003a,b).

(Ge-)Zeiten und Erträge der Ostdeutschlandforschung

Für eine angemessene Bilanzierung sind die Erwartungen der Anfangsjahre wichtig. Folgt man den einschlägigen Äußerungen wissenschaftspolitischer Gremien, lassen sich drei forschungs- bzw. wissenschaftspolitische Ziele feststellen: Erstens sollte für die eigene und internationale Wissenschaftlergemeinschaft der welthistorische Vorgang postsozialistischer Transformationen im Rahmen einer staatsrechtlichen Vereinigung möglichst umfassend beschrieben und für spätere Analysen „archiviert“ werden. Zweitens wurde erwartet, die Wissenslücken gegenüber der ostdeutschen Gesellschaft so schnell als möglich zu schließen, sich und der Politik empirisch gesichertes Wissen über den Status quo, die Verläufe und zukünftige Entwicklungen zu liefern. Schließlich sollte drittens die Ostdeutschlandforschung und ihre öffentliche Förderung dazu genutzt werden, die Sozialwissenschaften vor Ort auf- bzw. umzubauen und die ostdeutschen SozialwissenschaftlerInnen in die gesamtdeutsche Wissenschaft-

lergemeinschaft zu integrieren (vgl. Wissenschaftsrat 1992).

Rekapituliert und mißt man Umfang und Verlauf der Ostdeutschlandforschung in Rück-sicht auf das erste Ziel, ist zunächst das ungeheure Ausmaß der vorgenommenen Beschreibungen, Analysen und Bewertungen zu würdigen. Insgesamt melden SOLIS/FORIS für die Vereinigungsliteratur bis 2001 ca. 12.000 Titel. Die Gesamtzahl der empirischen Forschungsprojekte zum Thema Ostdeutschland und Transformation bzw. Vereinigung bewegt sich nach FORIS für den Zeitraum 1990 bis 2001 in der Größenordnung von 1.000 bis ca. 1.600 (s. FN 1). Diese enorme Schwankungsbreite resultiert aus der oben angesprochenen inhaltlichen Unschärfe. Ich schätze, auch vor dem Hintergrund der geringen Meldequote entsprechender Projekte, daß im genannten Zeitraum etwa 2.000 bis 3.500 Studien von deutschen SozialwissenschaftlerInnen, einschließlich Promotionen und Habilitationen sowie Forschungen aus Eigenmitteln, realisiert wurden. Eine m.E. nach realistische Vorstellung zum Umfang der nationalen und internationalen Publikationen vermittelt die an der TU Dresden eingerichtete Datenbank sozialwissenschaftlicher Literatur zum Thema DDR. Transformation und Wiedervereinigung. Sie präsentiert z.Z. ca. 42.000 Literaturnachweise und ca. 5.800 Bücher (www.wiedervereinigung.de). Es handelt sich daher mit großer Sicherheit um den in dieser vergleichsweise kurzen Zeit am besten erforschten Gegenstand bundesrepublikanischer Sozialwissenschaftsgeschichte. So grandios der Einstieg der öffentlichen Förderinstitutionen und Sozialwissenschaftler in Ost und West zwischen 1989 und 1992 aber auch war, und so gesellschaftspolitisch und wissenschaftlich attraktiv, ja modisch der Gegenstand sich zunächst zeigte, bereits nach 1994/95 ging es deutlich berg-ab und am Ende des Jahrtausends fand sich das Niveau der Ostdeutschlandforschung ungefähr dort wieder, wo die westdeutsche DDR- und Sozialismusforschung Mitte der 80er Jahre hergekommen war: in einer Nische.

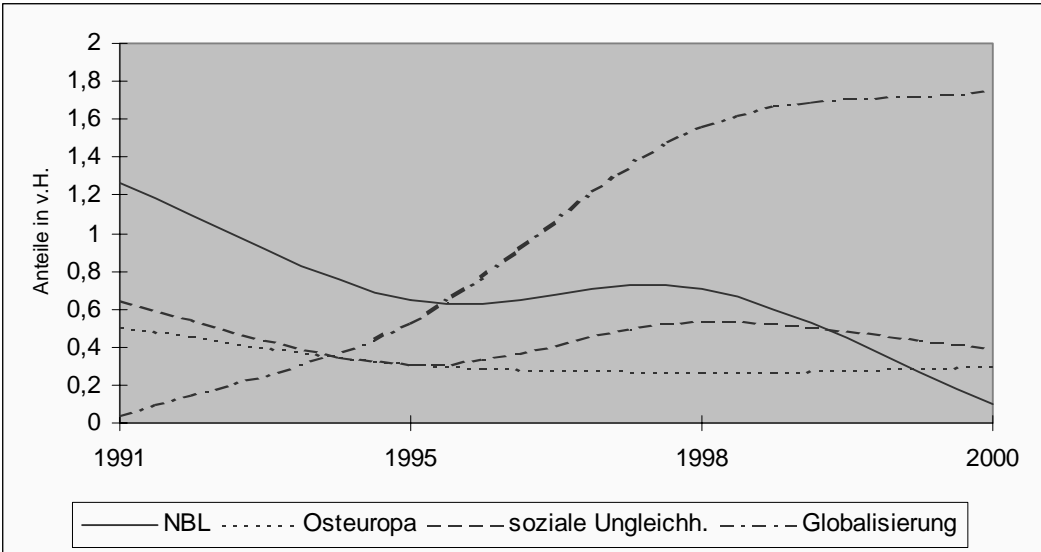
Nun ist zu Recht festzuhalten, daß eine solche Gezeitencharakteristik allen empirischen Forschungsgegenständen jenseits genereller und insofern auch diffuser Topoi (wie „Arbeit“ oder „Kultur“) eigen ist. Ich erinnere an die Schicksale der Innovationsforschung, der Öko-

logie, der Forschungen zu den „Neuen Sozialen Bewegungen“ oder zuletzt der Globalisierungsforschung. Das Auf und Ab von Aufmerksamkeit, Relevanz und Förderung ist ausgesprochen gewöhnlich. Indes zeigt ein Vergleich für die 90er Jahre (Abb. 2), daß die Ostdeutschlandforschung zwar ein überdurchschnittliches Hoch erlebte, jedoch der Einbruch mindestens ebenso deutlich, wenn nicht in Relation zu anderen Feldern dramatisch ausfiel. Der Absturz sticht ins Auge, auch wenn der neue SFB 580, der in der Grafik wegen seines Beginns 2001 keine Berücksichtigung finden konnte, verdeutlicht, daß es keine Einstellung der Förderung gibt und vorläufig geben wird.

Wissenschaftspolitisch, d.h. bezüglich der dritten Erwartung, zeitigte die enorme Förderung der Ostdeutschlandforschung gerade zwischen 1992 und 1996 klare Struktureffekte in den neuen Ländern, vor allem hinsichtlich des Aufbaus und der Etablierung einer thematisch fokussierten Drittmittelforschung an den Universitäten. Die Idee, mit der Forschungsförderung auch (im engeren Sinne:) ostdeutsche WissenschaftlerInnen zu halten, zu unterstützen und zu integrieren, ist demgegenüber nur mangelhaft realisiert worden. Zwar wurden gerade Ostdeutsche zu Ostdeutschlandforschern. Jedoch führte dieses Spezialistentum nur in Ausnahmefällen zur wirklichen Integration in den normalen Wissenschaftsbetrieb und die notwendigen akademischen Curricula. Die meisten blieben von der Drittmittelforschung unmittelbar abhängig und teilten daher deren Schicksal. Aber selbst diejenigen, die den Sprung aus DDR-Einrichtungen bzw. freien Forschungsinstituten in akademische Institutionen schafften, blieben nicht zuletzt wegen dieser Spezialisierung Außenseiter, konnten bzw. durften neue Themen nur bedingt aufgreifen und erreichten in der Regel keine dauerhafte Etablierung.

Für die empirischen und theoretisch-methodischen Erträge und Gehalte der Ostdeutschlandforschung bis heute bleibt zunächst einzugestehen, daß bei der ungeheuren Masse an Projekten und Publikationen nicht nur jeder erschöpfende Rezeptions- und also Bewertungsversuch von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, sondern sich kaum ein Thema, ein Gesellschaftsbereich, eine Gruppe oder ein

Abbildung 2: Anteile von Forschungsthemen an allen Forschungsprojekten in v.H. (1991-2000)



Quelle: FORIS/SOLIS-Datenbank (WISO III, GESIS 2002)

Problemaspekt im ostdeutschen Transformations- und Vereinigungsprozess denken läßt, der noch nicht analysiert worden ist. Auch dürfte sich kaum ein theoretisch-methodischer Ansatz finden lassen, der noch nicht Verwendung gefunden hätte. Wirklich weiße Flecken sind wohl nicht mehr aufzuspüren. Thematisch reicht die Spanne von den Oppositionsgruppen vor 1989 über den Verlauf von „Wende“ und „Beitritt, Ost-West-Wanderungen, Arbeitsmarkt und Berufsbiographien, Institutionenbildungen, deutsch-deutschen „Kulturkonflikten“ bis hin zu Gesamtdarstellungen des Transformations- und Vereinigungsprozesses. Es ist interessant, daß es im Verlauf kaum echte Themenablösungen ab, eher handelte es sich um Aufschichtungen. So spielen auch heute noch Themen der „Wende“ oder der sogenannten „Vergangenheitsbewältigung“ eine bedeutende Rolle. Nichtsdestotrotz lassen sich, wie oben ausgewiesen, jeweils bestimmte Dominanzen feststellen: Methodenseitig ist eine Bewegung von einfachen Fallstudien und quantitativen Methoden (Bevölkerungsumfragen mit einem Meßpunkt) hin zu Mehrthemen- und Mehrfachbefragungen, Panelerhebungen und komplexen Methoden-Sets nachzuweisen. Die dominierenden theoretischen Zugänge waren in der ausgewiesenen Abfolge:

a) Die *neo-evolutionistische und systemtheo-*

retische Modernisierungstheorie (klassisch: Zapf 1991), für die die ostdeutsche Transformation und Vereinigung vor allem als nachholende, zielbekannte Modernisierung durch einen *top-down* realisierten Institutionentransfer, sich enkulturierende, anpassende Individuen und eine mittelfristige Angleichung von Ost an West zu begreifen ist.

- b) *Subjekt- bzw. kulturzentrierte handlungstheoretische Ansätze* (Thomas 1998; Engler 1995), die im Kern die Differenz zwischen den transplantierten Makrostrukturen bzw. Institutionen und den kulturell verfaßten, eigensinnigen Handlungsorientierungen und –weisen der Ostdeutschen thematisieren. Diesen gemäß bleibt die transferierte Ordnung den Ostdeutschen wegen ihrer realsozialistischen Sozialisationen und Kulturen und/oder des Transfermodus der Vereinigung längerfristig fremd, woraus Funktionalitäts- und Integrationsdefizite erwachsen. Den transferbedingten Problemen – so eine vereinigungskritische Spielart – könnte nur durch autonome ostdeutsche Institutionenbildungen *bottom-up* begegnet werden.
- c) *Akteur- und institutionentheoretische Ansätze* (zunächst v.a. in Gestalt des „*transition approach*“) mit Rational-Choice-theoretischen oder institutionalistischen Begründungen

gen (Wiesenthal 1999; Czada/Lehmbruch 1998), die in der ostdeutschen Transformation (und dem „Beitritt“) eine besondere Interessen- und institutionelle Situation bzw. einen speziellen top-down Akteurgenerierungs- und Institutionalisierungspfad erkennen, der zu mannigfaltigen Akteur-, mithin Funktionsdefiziten und eigentümlichen Organisationsformen (etwa speziellen Netzwerken) auf der Mesoebene (in Parteien, Verbänden, Vereinen, Unternehmen) führte.

Den gesamten Zeitraum ins Auge genommen, bedeutete das einerseits eine Dominanzverschiebung von zuerst monotheoretisch fundierten, makrosystem-, steuerungs- und kurzfristorientierten Ad-hoc-Ansätzen hin zu gegenstandsadaptierten institutionen- sowie handlungsorientierten, oft empirisch gehaltvollen Ansätzen. Dabei stellten zunächst Staat, Recht und Politik, dann Wirtschaft sowie Wohlfahrt und zuletzt Geschichte, Kultur und Identität in Mittel- und Langfristperspektive attraktive Forschungsobjekte dar.⁵ Andererseits hat ein theoretischer „Eklektizismus“ ab Mitte der 90er Jahre die vergleichsweise klaren Muster der ersten Periode aufgelöst. Zugleich wurden die Erwartungen eines „Theoriesprunges“ (R. Mayntz) durch die Arbeit mit und an „Theorien mittlerer Reichweite“ abgelöst. Der Anspruch einer sowohl allgemeinen wie speziellen, d.h. postsozialistischen, Transformationstheorie wurde also fallengelassen. Theoretische Basisinnovationen im Rahmen der leitenden Ansätze blieben aus, Neuerungen insgesamt rar (Hopfmann/Wolf 2001; Kollmorgen 1996, 2003a; Reißig 2000).

Parallel zu dieser Ernüchterung erkalteten die zu Beginn heftigen ideologischen Grabenkämpfe und Ost-West-Konfrontationen, die selbst noch auf Überseetagungen ausgefochten wurden. Ab Mitte der 90er Jahre war davon immer weniger zu spüren, wobei nicht zu verhehlen ist, daß die Ausdünnung bzw. Marginalisierung der DDR- bzw. ostdeutschen Wissenschaftlergemeinschaft diesen Prozeß erleichterte.

Auch wenn eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Ostdeutschlandforschung vollkommen unmöglich ist, will ich doch gerade im Hinblick auf das Problem: *Ostdeutschland am Ende – Ostdeutschlandforschung am Ende?* einige höchst zuspitzende empirische Befunde⁶ darbieten:

(1) Das *ökonomische Wachstum* ist im Osten seit 1995 wieder rückläufig und liegt seit 1997 sogar unter dem Westdeutschlands. Wegen des heute erst 60%igen Niveaus des ostdeutschen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner gegenüber dem westdeutschen minimiert sich die ökonomische Ungleichheit nicht nur nicht, sondern steigt wieder. Dabei verkörpert selbst der bescheidene „Aufschwung“ kein „selbsttragendes Wachstumsmuster“, sondern wurde bzw. wird nur durch die jährlichen Transferleistungen des Westens in Milliardenhöhe ermöglicht. Zugleich existieren in Ostdeutschland einige der modernsten Großunternehmen europaweit, etwa im Bereich der Automobilindustrie oder auch Optoelektronik, aber auch viele innovative Kleinunternehmen, die über dem Produktivitätsdurchschnitt des Westens liegen. Schließlich, die Quote der tarifvertraglich gebundenen, d.h. in den Arbeitgeberverbänden organisierten ostdeutschen Unternehmen liegt in einigen Bereichen, etwa der Bauindustrie, nur noch um die 30%.

(2) Hinsichtlich der *Berufsmobilitäten* im ostdeutschen Transformationsprozeß ist einerseits auf die über zwei Drittel aller vormaligen Erwerbstätigen der DDR zu verweisen, die ihren Arbeitsplatz innerhalb der ersten Jahre wechseln mußten, gut 30% verabschiedeten sich aus dem Erwerbsleben. Aufsteiger und insofern Gewinner waren vor allem junge, höher und hoch qualifizierte Männer. Gleichzeitig wiesen alle diejenigen, die ihren Arbeitsplatz in den ersten Jahren behielten, eine erstaunliche berufliche Kontinuität auf. Auch die *Frauerwerbsquote*, die nach 1990 von über 80% auf um die 50% bereits 1991 absackte, blieb seitdem fast konstant. Die Quote für Westdeutschland beträgt demgegenüber um die 40% und steigt seit 1991 (sehr) leicht an.

(3) Hinsichtlich der *Einkommen* und des *Lebensstandards* nähert(e) sich der Osten dem Westen erst schnell, dann deutlich verlangsamt an. Bei den Einkommen liegt der Anteil heute um die 85% der Nettolöhne, bei der Ausstattung mit den bekannten Gütern bürgerlichen Wohlstandes (Auto, Kühlschrank, Computer etc.) haben die Ostdeutschen das Westniveau bereits seit einigen Jahren erreicht.

(4) Die Ostdeutschen sind bei den *Eliten* deutlich unterrepräsentiert, wenn man von den parlamentarischen Delegationseliten absieht. In

einigen Bereichen, etwa in der Wirtschaft oder beim Militär, sind sie praktisch nicht vertreten.

(5) Besaßen, idealiter gesehen, die Ostdeutschen vor der Vereinigung 100% „ihres“ *Produktivvermögens*, sind es heute ca. 20-25%. Den Ostdeutschen gehört praktisch kein Produktivvermögen in Westdeutschland; es gehört ihnen aber auch nur ein Viertel des ostdeutschen. Bei den anderen *Vermögensarten* bewegen sich die Ostdeutschen im Durchschnitt auf einem 30-60% Niveau der westdeutschen Werte. Von besonderer Brisanz ist dabei, daß sich aufgrund der noch immer geringen „Mischung“ Ost- und Westdeutscher in Partnerschaften einerseits, der anstehenden Vererbung von Milliardenwerten im Westen andererseits diese Schere in den kommenden Jahren kaum schließen wird.

(6) Wie noch jede Wahl demonstriert, sind die *gesellschaftspolitischen Orientierungen und Parteinigungen* zwischen Ost und West weiter divergent. Während die PDS im Westen bedeutungslos bleibt, erhält sie in den ostdeutschen Ländern zwischen 10 und 20% der Stimmen. Zugleich hat die FDP große Probleme, Tritt zu fassen und zeigte die letzte Bundestagswahl, daß Kanzler Schröder und seine SPD im Osten die Wahl gegen die CDU/CSU gewonnen haben. Wie unterschiedlich die gesellschaftspolitischen Orientierungen sind, verdeutlicht nicht zuletzt die Beantwortung der Frage nach der Priorität von sozialer Gleichheit oder persönlicher Freiheit. 1997 verhielten sich die jeweiligen ost- und westdeutschen Antworten praktisch invers: Während der Osten zu über 50% für die Gleichheit votierte, waren es im Westen etwa 30%. Umgekehrtes galt für die Freiheit. Gleichzeitig nähern sich Wahlbeteiligungen, politisches Interesse, Parteiidentifikationen und die Mitwirkungsquote in zivilgesellschaftlichen Organisationen auf dem geringeren Ost-Niveau weiter an.

(7) In der *Beurteilung des Vereinigungsprozesses* in seiner Wirkung auf das persönliche Schicksal bzw. Fortkommen erklärten sich 1998 fast 28% aller Ostdeutschen als Verlierer der Einheit; keinen Unterschied zu DDR-Zeiten sahen über 35%. Hinsichtlich der *sozialen Identität* der Ostdeutschen schließlich ist festzuhalten, daß im Jahr 1999 75% der Ostdeutschen angaben, sich als „Bürger zweiter Klasse zu fühlen“. Konsequenterweise identifizierten sich nach einer Befragung von Emnid aus dem

Jahr 1999 68% aller Ostdeutschen zuerst als Ostdeutsche bzw. Bürger eines ostdeutschen Bundeslandes; 32% sahen sich in erster Instanz als „Deutsche“.

Es fällt schon nach diesen Daten und Befunden nicht schwer, den Transformations- und Vereinigungsprozeß unter zwei Überschriften zu stellen: „*Erfolgreicher Mißerfolg*“ und „*getrennt vereint*“. Beide Oxymora unterstreichen nicht nur die anhaltenden, z.T. sich verschärfenden strukturellen Disparitäten und langfristigen Entwicklungsprobleme zwischen Ost und West trotz vieler Konvergenzen und positiven Anerkennung der Vereinigung, sondern lassen darüber hinaus die eingangs gestellte Frage beantworten, ob es *ein Ostdeutschland* überhaupt noch gibt. Nicht nur die „objektiven“ administrativen und Befragungsdaten legen eine unumwundene Bejahung nahe, trotz vieler regionaler und sozialstruktureller Differenzen, die quer dazu liegen.⁷ Für mich ist – im Anschluß an W.I. Thomas und P. Bourdieu – mindestens ebenso wichtig, daß sich über zwei Drittel aller Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse und zuerst als Ostdeutsche identifizieren. Solange die Masse der Individuen diese Identifikationsleistung, mithin Differenzierung und Distinktion vornimmt und diskursiv lebt, solange gibt es Ostdeutschland „*wirklich*“. Das Thema Ostdeutschland ist also weder „objektiv“ noch „subjektiv“ erledigt.

Vor diesem Hintergrund kann die zweite wichtige Frage des Aufsatzes, ob es gegenwärtig sachlich gerechtfertigt werden kann, die Ostdeutschlandforschung bzw. deren öffentlicher Förderung zu beenden, mit einem deutlichen Nein beantwortet werden. Ist aber die Ostdeutschlandforschung wissenschaftlich hinreichend gerüstet oder stecken in den theoretisch-methodischen Orientierungen Fallstricke für namentlich *zukünftige* Analysen und Bewertungen? Muß sich die Forschung verändern, und wenn ja, wohin?

Defizite, Desiderata und Perspektiven der Forschung

Prüft man Diskussionstand und Befunde diesbezüglich noch einmal, werden grundlegende Defizite, mögliche Auswege bzw. Perspektiven erkennbar, die ich an dieser Stelle allerdings

nur kurz anreißen und an den skizzierten Befunden problematisieren kann⁸:

(1) Die *Langzeitigkeit* von Transformation und Vereinigung, und zwar sowohl in ihrer historischen als auch in ihrer Zukunftsdimension, erscheint bei vielen Forschungen nach wie vor unterbelichtet. Nur exemplarisch ist in diesem Zusammenhang auf die (*inter*)*generationale Dauer und Form* radikalen sozialen Wandels hinzuweisen: Zwar trifft er einerseits alle Generationen an sich im selben Maße, diese „Gleichzeitigkeit“ der Gesellschaftsgeschichte löst sich aber andererseits in „Ungleichzeitigkeiten“ der individuellen und kollektiven Bildungsgeschichten (Sozialisation, Individuation, Vergemeinschaftung) auf. Durch diese Parallelität und gleichzeitige Divergenz von Gesellschafts- und individuellem Wandel besitzen Gesellschaftstransformationen eine intergenerationale Dimension, können also insgesamt nur über zwei bis drei Generationswechsel hinweg verwirklicht werden. Dabei ist einmal gesellschaftsbezogen nach den Bedingungen und Formen von Transformation qua *Generationswechsel* zu fragen, was periodische Änderungen, Umbiegungen, ja Infragestellungen bisheriger Entwicklungspfade einschließt. Zum anderen ist aus einer *Lebenslaufperspektive* problematisch, wie die unterschiedlichen Generationen mit dem „Umbruch“ in der Gestaltung ihrer Biographien umgehen, z.B. welche familiären, politischen oder auch beruflichen Orientierungen ausgebildet und intergenerational weitergegeben werden.

Die Relevanz einer Langfristperspektive wird z.B. nicht nur am Problem des ökonomischen Wachstums plausibel, das ohne die Analyse von sich in Jahren und Jahrzehnten strukturierenden lokalen „Akkumulationsregimen“ (einschließlich Einkaufs- und Absatznetzwerken, technologischen Basen, Innovationsregimen, Arbeitsorganisationen etc.) auf Phänomene einer „*bubble economy*“ verkürzt werden muß. Sie beweist ihre Wichtigkeit auch in der Untersuchung soziokultureller Ambivalenzen. Gerade das angesprochene intergenerationale Paradox kann einen Erklärungsansatz dafür liefern, daß und wie die Ostdeutschen der „Generation ´89“ (C. Leggewie) und der noch einmal um zehn Jahre Jüngeren einerseits dem Westen Deutschlands in vielen Einstellungsbereichen und Lebensstilelementen zum Verwechseln

ähnlich sind, andererseits jedoch von eigentümlichen ostdeutschen Wahrnehmungs-, Urteils- und Lebensführungsmustern durchdrungen sind, die Ost und West gesellschaftlich divergent positionieren.

(2) Mit der Langzeitigkeit zusammenhängend findet sich von den bisherigen Ansätzen auch die *Offenheit der Wandlungsprozesse*, nicht zuletzt in Rücksicht auf die sachliche, soziale und temporale *Komplexität* nur defizitär konzeptualisiert. Die Verschränkungen gesellschaftlicher Ebenen sowie von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im sozialen Prozeß, deren Kontingenzen und Artikulationen bedürfen weiterer Erkundungen und angemessener Theoretisierungen. „Beitritt“ und „Institutionentransfer“ (G. Lehmbruch) haben bei manchem theoretischen Ansatz zum Trugbild einer nur „nachholenden“ Entwicklung und notwendigen Anpassung von Individuen an die fertigen Institutionensets der Bundesrepublik geführt. Es gibt aber bereits heute genügend empirische Studien, die aufzeigen, daß und wie Ostdeutsche mit ihren spezifischen Handlungsressourcen sich westdeutsche Institutionen höchst eigensinnig angeeignet bzw. autonom Akteure und Institutionen geformt haben (s. auch 3.). Anhaltende Offenheiten verdanken sich aber nicht nur tradierten ostdeutschen Kulturen sowie autochthonen Sinnstiftungen, sondern sind auch das Resultat *nicht intendierter Effekte* des Vereinigungsprozesses, die bisher zu wenig thematisiert wurden. Nur zwei seien angeführt: Wenn die massiven Vorruhestandsregelungen und Sozialplan-Schrumpfungen der ostdeutschen Betriebe zwischen 1990 und 1994 zu einer kontra-intentionalen Überalterung der Belegschaften und einem „blockierten *Generationenaustausch*“ in der Facharbeiterschaft und bei den Geschäftsführern geführt hat, zeigte sich ein – wie es G. Seibel nannte – „erfolgreiches Scheitern“ des Akteurtransfers im dritten Sektor (freie Wohlfahrtsverbände, Vereine etc.), das positive sozial-integrative Effekte gerade bei Teilen älterer Verlierer der Vereinigung zur Folge hatte.

(3) Anerkennung von Offenheit und Komplexität bedeutet nicht zuletzt eine empirische sowie konzeptionelle Integration des *Transformations- und Vereinigungsdiskurses* und der aktuellen Debatten um *Zweite oder Postmoderne, Neo-Liberalismus und Globalisierung*.

Wer das unterläßt, verfehlt in zunehmendem Maße Realität und Chancenstrukturen gesellschaftlicher Entwicklung in Ost- und ganz Deutschland. Dabei sind mehrere Problem-Aspekte relevant und zu unterscheiden. Zunächst ist auf die fast zum Erliegen gekommene Debatte um die Modernität Ostdeutschlands bzw. des Realsozialismus hinzuweisen. Wenn der Osten zur Epochenwende vielen noch als (partiell) alternative Moderne galt (vgl. Brie/Klein 1991), erschien er fortschreitend als gänzlich vormodern. Für mich liegt der entscheidende Grund dieses Meinungsumschwungs nicht in der Aufdeckung so mancher Potemkinscher Dörfer nach 1989, sondern im gewählten Transfermodus der Vereinigung, der alles Querliegende oder Alternative zur Selbstvergewisserung und Strategiebegründung als vormodern qualifizieren mußte. Für diese „negative Soziologie der Transformation“ (K. Müller) war der Realsozialismus nur als Defizitfolie von Interesse, um das bewährte Eigene durchzusetzen. Daß die Demodernisierung des Ostens sich mittlerweile nicht mehr halten läßt, „nach der Schlacht“ aber auch kaum noch nötig erscheint, offenbaren die aktuellen Diskussionen z.B. um Ganztagsbetreuung, Polikliniken oder 12-Klassen-Abitur.

Ein zweiter Aspekt betrifft die Phänomene institutioneller „Rückwirkungen“ bzw. „Rückwirkungsschleifen“, die aus Maßnahmen zur Beschleunigung von Modernisierung und Integration im Osten resultierten. So wird seit Mitte der 90er Jahre diskutiert, ob verkürzte Verfahren z.B. im Bereich des Baurechts oder auch Sonderregelungen im Tarifrecht nicht auch zur „Modernisierung“ des Westens genutzt werden können (vgl. Simonis 1998; Artus et al. 2000). Ein dritter Aspekt des Postmoderneproblems besteht in der Kombination der ersten beiden und ihrer prozessualen Verknüpfung hinsichtlich der Zukunft: Wie reagieren Individuen bzw. Soziokulturen einer alternativen, realsozialistischen Moderne auf einen weitgehend fremdgesteuerten radikalen Wandel hin zu einer wohlfahrtskapitalistischen Moderne, die selbst unter Transformationsdruck steht? Was ist aus dem Osten zu erwarten in der aktuellen weltgesellschaftlichen Konfrontation zwischen der wohlfahrtskapitalistisch organisierten Moderne fordistischen Zuschnitts mit anhängender „Dritter Welt“ und einer (neo-)liberalen postfordisti-

schen Moderne unter globalen Konkurrenzbedingungen? Wo sind hier Entwicklungspotentiale, Alternativen, potentielle Innovationen, wo mögliche Gefahren?

Rekapituliert man die bisher diskutierten Ambivalenzen (s. oben 1-7) und denkt an weitere Befunde z.B. zu kooperativeren und zugleich loseren Mustern industrieller Beziehungen, an die deutlich geringer milieuspezifisch verankerten Parteienlandschaft und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (vgl. Artus et al. 2000, Angerhausen et al. 1998), an diagnostizierte quasi postmoderne Individualisierungen von Vergemeinschaftungen (Hradil 1996) oder an die These Englers von den „Ostdeutschen als Avantgarde“ (Engler 2001), kann nur eine zwiespältige Antwort gegeben werden. Einerseits sind die Ostdeutschen einer realsozialistischen Variante der organisierten Moderne verhaftet, die sie in Teilen hinter dem Westen zurückläßt, in einigen aber auch als Vollender erscheinen läßt. Für Letzteres ist z.B. auf das Bildungs- und Erziehungswesen und die Frauenerwerbstätigkeit zu verweisen. Andererseits haben die Ostdeutschen nicht allein Umbrucherfahrungen gesammelt und in das kollektive Gedächtnis eingespeist, die ein komplexeres Handlungsvermögen jenseits organisierter Routinen bedeuten. Sie erleben in Gestalt der neuen Länder eine fordistische Moderne, die sich beschleunigt ihrer Substanzen beraubt und auf der Schußfahrt in eine neue Moderne ist: Eine Arbeits(wohlfahrts)gesellschaft ohne Arbeit; eine Parteiendemokratie ohne gefestigte, repräsentierende Parteien; soziale Identitätsfindungen mit bröckelnder sozialstruktureller Basis und heterotop produzierter Massenkultur.

Wohin diese Ambivalenzen bzw. Paradoxien im geteilt-vereinten Deutschland führen werden, wo und inwieweit sie strukturierend wirken können, ist einstweilen offen. Einige der angesprochenen Aufbrüche aus fordistischen Verkrustungen und libertäre Ideen deuten eine Seite, das Klammern an arbeitsgesellschaftlichen Handlungsmustern und Idealen oder rechtsradikale Ausschreitungen die andere an. Wichtig aber bleibt in jedem Fall, den Osten Deutschlands weder inhaltlich noch konzeptuell als hinterherhinkenden Teil zu betrachten, d.h. auch diesbezüglich die Trias von Langfristigkeit, Offenheit und Komplexität als wichtige

Orientierungen der Ostdeutschlandforschung ernst zu nehmen.

(4) Ein lange bestehendes Defizit, das einerseits die Erkenntnismöglichkeiten gegenüber Ostdeutschland einschränkte, zugleich aber auch die Bedeutung des ostdeutschen bzw. deutsch-deutschen Transformationsfalls begrenzte, ist die nach wie vor mangelnde *komparative Perspektive* (vgl. aber Wiesenthal 1996; Wielgoths/Wiesenthal 1997; Schluchter/Quint 2001). Das unter (3) bereits angesprochene Trugbild eines konservativen Institutionentransfers konnte sich nicht zuletzt deshalb in der deutschen Ostdeutschlandforschung halten, weil es kaum Vergleiche mit anderen osteuropäischen Transformationsgesellschaften gab. Aber die Potentiale bestehen auch umgekehrt: Die deutsch-deutschen Entwicklungsprozesse seit 1989/90 weisen über sich selbst hinaus und stellen bezüglich Transformation und Post-Modernisierung sowie deren wechselseitige Relationierungen ein einzigartiges gesellschaftspraktisches und wissenschaftliches Laboratorium dar. So ist für Ostdeutschland zwar einerseits von einem klaren Sonderfall zu sprechen, andererseits entpuppt sich dieser mindestens in einigen Dimensionen als heuristisch wertvoller *Modellfall* eines Institutionen- und Akteurtransfers und der ökonomischen Schocktherapie. Aber ebenso wichtig ist, daß – obgleich im Vereinigungstaumel zunächst verschleppt – in der Bundesrepublik ab 1990 im kleinen jene Konfrontation von Postsozialismus und postmodernem Westen virulent wurde, deren vielfältige globale Aspekte noch in der Entwicklung begriffen sind – von Standortvorteilen und Arbeitsmigration zu Wohlfahrtsgefallen und „Kulturimperialismen“. Analoges gilt für den teils gegenläufigen Prozeß bewußter staatsrechtlicher Integrationen, wofür die EU-Erweiterung 2004 ein wichtiger Beleg ist. Kurz, das komparative Potential des deutsch-deutschen Falles ist noch keinesfalls ausgereizt.

(5) Schließlich ist ein übergreifendes theoretisches Defizit in Gestalt des *Paradoxons gleichzeitiger Über- und Untertheoretisierung* (Lutz 2003) zu registrieren. Einerseits wurden der empirischen Forschung theoretische Ansätze und Interpretationsfolien übergestülpt und zum Teil noch vor jeder Empirie die Transformation zur „nachholenden Modernisierung“ mit fixem Verfallsdatum erklärt, andererseits und

zugleich verhinderten diese theoretischen „Dekkelungen“ eigenständige, stärker induktiv vorgehende Themen- und Theoriegenerierungen. Wenn auch nur ein Teil dessen, was in den vorhergehenden Punkten angesprochen wurde, stimmt, dann kann nicht nur, sondern dann sollte diese Situation durchgreifend verändert werden, ohne daß man zu den 1990/91 anzutreffenden Euphorien einer Paradigmenrevision zurückkehren muß. In jedem Fall sind weder die engeren theoretischen Entwicklungs- noch die Lern- und Verallgemeinerungsfähigkeiten ostdeutscher Transformation und Vereinigung bisher ausgeschöpft (vgl. Wielgoths/Wiesenthal 1997; Wiesenthal 1999; Kollmorgen 2003a,b).

Fazit

Die Ostdeutschlandforschung hat quantitativ, thematisch und qualitativ seit 1989/90 einen großen Bogen geschlagen: Von Aufbruch und Boom 1989-1992 zu Abgesang und Niedergang seit spätestens 1996, verschärft seit 1999. Dieser Verlaufsbogen, der sich weniger ausgeprägt auch bei den Lehrveranstaltungen an deutschen Universitäten wiederfindet⁹, ist einerseits auf wissenschaftsbetriebliche Gründe, auf die breite und in großen Teilen intensive empirische Bearbeitung des Themas sowie die notwendigen „Modenwechsel“ zurückzuführen, zum anderen auf gesellschaftspolitische Ursachen. Letztere bestanden nicht nur in regierungspolitischen Strategien (1994/95, 1998/99), sondern weiter in gesellschaftlichen Praxen einer De-Thematisierung Ostdeutschlands. Die einen wollten, die anderen konnten ihn nicht mehr ertragen, den Diskurs vom „armen Ostdeutschland“, von „Ossis und Wessis“, von der westdeutschen Übermacht und den ostdeutschen Ansprüchen.¹⁰ Beides stützte sich zwar durchaus auf praktische Problembearbeitungen bzw. –entschärfungen. Wie ich jedoch zu zeigen versucht habe, ist der „Fall Ostdeutschland“ damit nicht erledigt, bleiben und transformieren sich essentielle gesellschaftliche Problemlagen. Insofern haben die tausenden von Studien und Veröffentlichungen bis heute zwar viele Wissenslücken geschlossen, Fragen beantwortet und alternative Begriffs- sowie Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Sie können aber gleiches nicht bereits für eine Gegenwart und Zu-

kunft geleistet haben, die nicht nur „endogene“ Transformationsprobleme restrukturiert, sondern weit darüber hinausreichend Transformation und Vereinigung zunehmend in weltgesellschaftliche Kontexte und Entwicklungskonstellationen bettet. Im Zusammenhang mit Postmoderne, Globalisierung und (europäischer) Integration werden neue Entwicklungen begründet und neue Forschungsfragen aufgeworfen, sind mithin weitere, nicht zuletzt theoretisch-methodisch rekonzeptualisierte, insofern auch nicht mehr allein: *Ostdeutschland-Studien* erforderlich.

Die deutsche Forschung und Forschungsförderung ist für diese Rekonzeptualisierungen nur bedingt vorbereitet. Obwohl gewiß nicht von einem Ende der Ostdeutschlandforschung gesprochen werden kann, erscheint der Abbau nach 1996 und 1999 überzogen und ist es fraglich, ob die übriggebliebenen Potentiale – auch wegen der Unterrepräsentanz ostdeutscher WissenschaftlerInnen – hinreichen. Andererseits bleibt festzuhalten, daß mit dem SFB 580 und den vielen anderen Forschungs- und Fördermöglichkeiten die Nische Ostdeutschland- und Vereinigungsforschung (noch?) nicht zu klein geworden ist. Dies gilt um so mehr, als der Gegenstand Ostdeutschland fortschreitend in andere Bereiche diffundiert bzw. sich mit diesen mischt, wodurch nur auf die Themennennung „Ostdeutschland“ fixierte Analysen Teile existierender Forschungsanstrengungen verfehlen muß.

Am Schluß sind so nicht nur vielfach ambivalente Status und Perspektiven der ostdeutschen Transformation und der Vereinigung zu konstatieren. Eine analoge Wertung trifft auch die darauf bezogene Forschung. Ostdeutschlandforschung bewegt sich in einer Nische, die es zu nutzen gilt, aber nicht, indem man sie konserviert bzw. schließt, sondern umgekehrt, indem man sie wie oben umrissen gegenständlich und konzeptuell öffnet. Nur so läßt sich heute der gesellschaftliche Aufklärungs- und Reflexionsbedarf gehaltvoll und angemessen befriedigen.

Anmerkungen

* Ich habe der Redaktion, insbesondere S. Gissendanner und R. Land, für Hinweise und Anregungen bei der

Konzeption und Abfassung dieses Beitrages zu danken.

- 1 Die Jahreszuordnung bezieht sich dabei immer auf den gemeldeten Projektbeginn. Alle statistischen Angaben nach FORIS/SOLIS, den GESIS-Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschung (vgl. die CD-Ausgabe WISO III, Bonn/Berlin 2002; im Netz unter: <http://www.social-science-geis.de/Information/index.htm>).
- 2 Hier wie im folgenden werden ich mich auf wenige Literaturverweise beschränken. Wer nähere Auskünfte benötigt, sei auf die später angegebenen Bibliographien und umfassenden Bilanzierungsversuche verwiesen.
- 3 Neben den KSPW-Bänden und Abschlußberichten 1995-1997 (vgl. die Nachweise in Bertram/Kollmorgen 2001) ist hier erneut nur exemplarisch auf folgende Bände hinzuweisen: Reißig 1993, Hettlage/Lenz 1995; Dümcke/Vilmar 1995; Zapf/Habich 1995; Diewald/Mayer 1996; Wiesenthal 1996.
- 4 Titel des SFB 580 ist: „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch: Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“. Er befaßt sich in der ersten Phase mit einem ost-westdeutschen Vergleich, in einer zweiten stärker mit dem west- und osteuropäischen Vergleich Ostdeutschlands.
- 5 Ich kann hier nur andeuten, daß in der ostdeutschen Transformationsforschung die „Frontstellung“ von *area specialists* vs. *transitologists* reproduziert wurde, die sich zugleich jedoch durch die quasi natürlichen *area specialists* in Gestalt ostdeutscher Forscher „verfremdete“ und zu eigentümlichen Fronstellungen und Folgen führte. Die Ostdeutschen sind aufgrund ihrer Situierung im wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs in der Regel stärker als Westdeutsche an Kultur, Identität, Transformation (gegenüber Vereinigung) und an dem Blick des Subjekts von unten interessiert.
- 6 Vgl. hierzu insbesondere: Bertram/Kollmorgen 2001; Brussig/Ettrich/Kollmorgen 2003; Best/Gergs/Kollmorgen 2000; Reißig 2000; Schluchter/Quint 2001.
- 7 Wollte man diese regionalen und sozialstrukturellen Gegenargumente als Begründung für ein tatsächliches Ende Ostdeutschlands gelten lassen, hätte es bereits vor 1990 kein Ostdeutschland gegeben: Die Gleichheiten der DDR lösen sich bei näherer Betrachtung in zahlreiche Ungleichheiten auf, was übrigens verschärft auch für die alte Bundesrepublik gilt. Kaum weniger anschaulich wäre eine Debatte, ob es „objektiv“ das „Mezzogiorno“ Italiens gibt.
- 8 Zur Diskussion vgl. die Literatur in FN 6 sowie Kollmorgen 2001.
- 9 Allerdings folgt die Lehre der Forschung im Auf und Ab etwas zeitversetzt und weist zugleich moderatere Ausschläge auf (ausführlich: Pasternack 2002).
- 10 Die Ostdeutschlandstudien im Ausland, vor allem im angloamerikanischen Raum, erfuhren offensichtlich ein ähnliches Schicksal. Exemplarisch ist auf das Ende traditionsreicher Konferenzserien ab 1999 oder an die Auflösung der „*East German Studies Association*“ im Jahr 2002 hinzuweisen, auch wenn sogleich eine entsprechende „Group“ diese Vereinigung ersetzte (vgl. Krisch in diesem Heft).

Literatur

- Angerhausen, Susanne et al. (1998): Überholen ohne Einzuholen. Freie Wohlfahrtspflege in Ostdeutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Artus, I./Schmidt, R./Sterkel, G. (2000): Brüchige Tarifrealität. Berlin: edition sigma.
- Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hg./2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich.
- Best, H./Gergs, H./Kollmorgen, R. (2000): Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung. Analysen und Deutungen. Bonn: Informationszentrum Sozialwiss.
- Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg./1991): Umbruch zur Moderne. Hamburg: VSA.
- Brussig, Martin/Ettrich, Frank/Kollmorgen, Raj (Hg./2003): Konflikt und Konsens: Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Czada, Roland/Lehbruch, Gerhard (Hg./1998): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik. FaM./N.Y.: Campus.
- Diewald, Martin/Mayer, Karl Ulrich (Hg./1996): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Vereinigungsprozeß. Opladen: Leske + Budrich.
- Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz (Hg./1995): Kolonialisierung der DDR. Kritische Anmerkungen und Alternativen des Vereinigungsprozesses. Münster.
- Engler, Wolfgang (1995): Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen. FaM.: Suhrkamp.
- Engler, Wolfgang (2001): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau.
- Gensicke, Thomas (1998): Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Giesen, B./Leggewie, C. (Hg./1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin: Rotbuch.
- Hettlage, Robert/Lenz, Karl (Hg./1995): Deutschland nach der Wende. Eine Bilanz. München: C.H.Beck.
- Hopfmann, A./Wolf, M.(Hg./2001): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster: Lit-Verlag
- Hradil, Stefan (1996): Überholen ohne Einzuholen? Chancen subjektiver Modernisierung in Ostdeutschland. In: Kollmorgen, R. et al. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich: 55-80.
- Kollmorgen, Raj (1996): Schöne Aussichten? Zur Kritik integrativer Transformationstheorien. In: Kollmorgen, R. et al. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich: 281-332.
- Kollmorgen, Raj (2001): Postsozialistische Transformationen im 21. Jahrhundert oder: Wozu heute noch Transformationsforschung. ISOZ-Arbeitsbericht Nr. 9. Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität, Institut für Soziologie.
- Kollmorgen, Raj (2003a): Transformationstheorien. Postsozialistische Karriere und metatheoretische Kritik. Münster: LIT-Verlag (i.E.).
- Kollmorgen, Raj (2003b): Idealfall oder Unfall? Gehalt und Vergleichbarkeit des Akteur- und Institutionenumbaus in Ostdeutschland. In: Brussig, M. et al. (Hg.): Konflikt und Konsens: Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich: 255-286.
- Kollmorgen, Raj/Karin Lohr/Dagmar Simon/Vera Sparshuh (1997): Ohne Netz und doppelten Boden: Lage und Zukunftsaussichten freier sozialwissenschaftlicher Institute in den neuen Bundesländern. In: Bertram, Hans (Hg.): Soziologie und Soziologen im Übergang. Opladen: Leske + Budrich: 165-192.
- Lutz, Burkart (2003): Verpaßte Gelegenheiten und nachzuziehende Lektionen. Einige (selbst-)kritische Überlegungen zur deutschen Transformationsforschung. In: Brussig, M. et al. (Hg.): Konflikt und Konsens: Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich: 287-307.
- Meyer, Hansgünter (Hg./1992): Soziologentag Leipzig 1991, Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin: Akademie Verlag.
- Michael Thomas (Hg./1997): Selbständige - Gründer - Unternehmer. Passagen und Paßformen im Umbruch. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Pasternack, Peer (2002): Einheit von Forschung und Lehre? Die DDR-Forschung und ihr Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb. In: Deutschland Archiv, 35. Jg. (1): 43-51.
- Reißig, Rolf/Glaebner, Gert-Joachim (Hg./1991): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin: Dietz.
- Reißig, Rolf (2000): Die gesplattene Vereinigungsgesellschaft. Berlin: Karl Dietz.
- Reißig, Rolf (Hg./1993): Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland. FaM./N.Y.: Campus.
- Schluchter, Wolfgang/Quint, Peter E. (Hg./2001): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach. Weilerswist: Velbrück.
- Simonis, Georg (Hg./1998): Deutschland nach der Wende. Neue Politikstrukturen. Opladen: Leske + Budrich.
- Thierse, Wolfgang (2001): Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland. In: Die Zeit, 3. Januar 2001.
- Thierse, Wolfgang/Spittmann-Rühle, Ilse/Kuppe, Johannes L. (Hg./2000): Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Budrich.
- Thomas, Michael (1998): „Institution“ und „Lebenswelt“ oder „Ökonomische Rationalität“. In: BISS public, 8. Jg. (25): 105-122.
- Wielgoths, J./Wiesenthal, H. (Hg./1997): Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Wiesenthal, Helmut (1999): Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Wiesenthal, Helmut (Hg./1996): Einheit als Privileg? Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. FaM./N.Y.: Campus.
- Wissenschaftsrat (1992): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Köln.
- Zapf, Wolfgang (Hg./1991): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. FaM./N.Y.: Campus.
- Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (Hg./1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin: edition sigma.